

Die Ursache der Flucht bekämpfen

EZ 1.9.11

■ OSTFILDERN: Podiumsdiskussion zur Sicherheit in Afghanistan – Gemeindehaus zu klein für Publikumsansturm

VON PETRA BAIL

Die Resonanz war groß: weit mehr als 250 Zuhörer sprengten die Kapazität des katholischen Gemeindehauses St. Monika in Ruit. Kurzentschlossen wurde die prominent besetzte Podiumsdiskussion über die Sicherheitslage in Afghanistan in die Kirche verlegt. So volle Bankreihen gibt es sonst nur an Weihnachten. Das Interesse bestätigte die Veranstalter, der Landesverband der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Kooperation mit dem Freundeskreis Asyl Ostfildern, wie hoch der Informationsbedarf der Bevölkerung über das kriegsgebeutelte Land am Hindukusch ist.

Zwei Experten, zwei Politiker und ein Betroffener diskutierten unter der Moderation des langjährigen ARD-Auslandskorrespondenten Jörg Armbruster. Mit Thomas Ruttig, Mitbegründer und Ko-Direktor des Afghanistan Analyst Network, der unter anderem als Diplomat für die UNO und die EU in Kabul gearbeitet hat, und Jürgen Hauber vom Polizeipräsidium Ludwigsburg, der drei Jahre als leitender Polizeiausbilder in Afghanistan war, saßen zwei Männer auf dem Podium, die die Situation des Landes aus eigener Anschauung kennen. Mohammad Hassyn Basseej hat am eigenen Leib erfahren, was es heißt, Angst um sein Leben zu haben. Der Arzt arbeitete im Gesundheitswesen in Afghanistan, die Familie wurde bedroht, sein Sohn von Bewaffneten entführt. Vor fast zwei Jahren hat Basseej politisches Asyl in Deutschland beantragt. Ob er anerkannt wird, ist nicht sicher. Er hat Angst vor der Abschiebung: „Afghanistan ist nicht sicher.“

Immer wieder erschüttern schwere Terroranschläge das Land. Derzeit bewertet das Auswärtige Amt die Sicherheitslage in Afghanistan unter erschwerten Bedingungen neu, da die deutsche Botschaft



Besucher befragen die Podiumsteilnehmer Jörg Armbruster, Mohammad Hassyn Basseej, Thomas Ruttig, Markus Grübel, Jürgen Hauber und Rainer Arnold (von links). Wegen des starken Publikumsandrangs findet die Diskussion in der Kirche statt. Foto: Bail

in Kabul nach einem Sprengstoffanschlag in der Nähe des Gebäudes Ende Mai kaum arbeitsfähig ist. Erkenntnisse vor Ort zu gewinnen ist damit so gut wie nicht möglich. Bis die neue Lageanalyse vorliegt, gibt es einen Abschiebestopp. Rückführungen von Straftätern, Gefährdungen und Personen, die ihre Identität verschleiern, sind aber weiter möglich.

Obwohl der CDU-Bundestagsabgeordnete Markus Grübel, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, und sein SPD-Kollege Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, aus verschiedenen politischen Lagern stammen, ist ihre Haltung eindeutig: Wer Verantwortung hat, kann derzeit keine Sammelabschiebungen in das Bürgerkriegsland an-

ordnen. Kriminelle und solche, denen ein Terroranschlag zugetraut wird, sollten aber sehr wohl zurückgeschickt werden.

Die Frage der politischen Perspektive nach 16 Jahren Krieg und dem Nato-Militäreinsatz in Afghanistan drängte sich in der Diskussion auf. Würde sich die internationale Schutztruppe zurückziehen, würde es noch mehr Tote geben, ist sich Grübel sicher. Er betonte, wie wichtig deshalb die deutsche Präsenz mit 980 Soldaten in dem Land ist, in dem 30 Millionen Menschen leben – und dass sie dort auch bleiben. 20 000 bis 30 000 Aktive gehörten den radikalen Extremistengruppen wie Taliban oder Islamischer Staat, Milizen und organisierter Kriminalität an. Die Bundesregierung verfolge einen vernetz-

ten Ansatz von polizeilichen, militärischen und zivilen Maßnahmen über Kabul hinaus. Statt Kampfeinsätzen gebe es Unterstützung für die Sicherheitskräfte im gesamten Land.

Auch darin waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, dass sich Sicherheit nicht mit rein militärischen Mitteln herstellen lasse“, wie Rainer Arnold sagte. Die sozialen Strukturen seien vernichtet, es gebe keine Verlässlichkeit und keine funktionierende Administration, stellte Jürgen Hauber bei seinem Einsatz fest: „Es war blauäugig zu glauben, das Land so schnell auf die Beine bringen zu können.“ Letztlich gehe der Krieg, der laut Thomas Ruttig bereits 40 Jahre daure und seit 16 Jahren in einer neuen Phase sei, auf Kosten der Zi-

vilbevölkerung. „Sie sind die Opfer. Die Gesellschaft ist zerstört.“

Die Podiumsteilnehmer betonten, der Wiederaufbau des Landes brauche Zeit, die Belange der afghanischen Bevölkerung müssten im Vordergrund stehen, Zukunftsperspektiven für junge Menschen geschaffen werden. Nur wenn die Ursache der Flucht bekämpft würden, Sicherheit geschaffen werde, gingen die Menschen in ihr Land zurück. Obwohl Bundesinnenminister Thomas de Maizière von „sichereren“ Gebieten spreche, sei die Sicherheitslage für das Volk prekär. Nach UNO-Angaben starben im ersten halben Jahr schon 1600 Zivilisten. Im Anschluss gab es viele Fragen der Zuhörer. Nicht alle konnten die Podiumsteilnehmer beantworten.